

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen dreimonatlich Mk. 6.—. Verteilungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gespaltene Nonpareilspalte oder deren Raum mit 60 Pfg., die Restspalte mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gepründel 1878.

Druck und Verlag: Mäurer'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Gepründel 1878

Nr. 72

Nastätten, Dienstag, den 21. Juni 1921

44. Jahrgang

## Die Völkergesellschaften.

Der politische Sturz der Vereinigten Staaten von Nordamerika seit dem Amtsantritt des Präsidenten Harding vor einem Vierteljahr schien sich im Blick auf die Bewegung zwischen strenger Neutralität, maßvoller Intervention, Annäherung an Frankreich oder England, kühler Behandlung des Deutschen Reiches pendelten die außenpolitischen Maßnahmen Hardings hin und her. Jetzt erkennt man jedoch klar, daß es sich nicht um einen Blickakturs gehandelt hat, sondern um das bedeutsame Einstellen Hardings auf die amerikanischen Interessen.

Wenn nun aus Washington Meldungen von einer Verständigung zwischen Amerika und England kommen, so darf man diese allerdings nicht als vollendete Tatsache hinhinnehmen. So schnell sind derartige Probleme nicht zu lösen. Es wäre auch sehr ungeschickt, wenn Präsident Harding England nahe legen wollte, für eine zunächst doch nur kommerzielle Freundschaft mit den Vereinigten Staaten das Bündnis mit Japan aufzugeben. Dieser Gedanke liegt zwar im amerikanischen Interesse, aber Harding weiß nur zu genau, daß die Japaner keineswegs Ja sagen werden, wenn die Vereinigten Staaten den Stillen Ozean für sich beschlagnahmen, um dafür England den Atlantik zu überlassen. Japans Zukunft liegt auf den Wogen des Stillen Ozeans. Auch England würde durch diese Vormachtstellung Amerikas auf dem Stillen Ozean ungebührlich getroffen werden.

Wertvoller als dies Ozean-Thema ist dem Präsidenten Harding sicher die Frage der Völkergesellschaften, mit der er sich schon in seinen Wahlreden eifrig beschäftigt. An Stelle des Völkerbundes der Entente will er eine von allen Kriegserinnerungen und Kriegsverpflichtungen losgelöste Gesellschaft der Nationen, die mit einer Vereinigung aller englisch sprechenden Völker verknüpft sein sollte. Es bleibt dabei allerdings die Frage offen, ob der Gedanke einer Weltfreundschaft englischer Zunge in London sympatisch Aufnahme findet. In erster Linie sind nicht nur die Engländer, sondern auch die Amerikaner Geschäftsleute.

Den Dollar-Reichtum der Vereinigten Staaten mit angemessenem Nutzen arbeiten zu lassen, ist das Ziel der amerikanischen Politik und die Aufgabe des Präsidenten Harding. Alle finanziellen Schwierigkeiten unter diesem Gesichtspunkt zu beseitigen, soll die Gesellschaft der Nationen dienen. Für uns kommt es darauf an, was in dieser Beziehung praktisch geschehen soll. Zwar hat Harding gesagt, wir müssen an die Entente zahlen, aber er fügte hinzu: „so weit in unseren Kräften steht“. Dieser Nachsatz ist für uns von großer Bedeutung. Die Wiederherstellung des deutsch-amerikanischen Friedens wird hoffentlich nicht zu lange nur Beratungsgegenstand der amerikanischen Parlamente bleiben, sondern bald in die Erscheinung treten. Dann hat Präsident Harding freie Hand, die Bildung seiner Gesellschaft der Nationen herbeizuführen.

## Rathenaus Programm.

Bericht im Reichswirtschaftsrat.

Zu der Erklärung Rathenaus im Reichswirtschaftsrat über seine Wiesbadener Begegnung mit Doucheur ist noch ergänzend zu bemerken, daß Rathenau der Ansicht ist, es müsse angestrebt werden, möglichst viele Gold- bzw. Devisenleistungen in Sachleistungen umzuwandeln. Da für Sachleistungen aber nur Frankreich, das etwa 1,8 Milliarden von unseren Gesamtleistungen zu erhalten habe, in Frage komme, so müsse man dieses Ausmaß als die obere Grenze betrachten, die aber infolge des Geldbedarfs Frankreichs kaum jemals erreicht werden dürfte. Die zweite Aufgabe bestände darin, den Forder von 28 v. S. „nach einer neuen Vereinbarung zu erfassen, da man auf beiden Seiten bereits erkenne, daß dieser Index niemandem zum Vorteil ausschlagen werde. Es erscheine nicht möglich, das letzte halbjährige Devisenankauf fortzusetzen. Auch dürfe der Dollar nicht das alleinige Maß der Goldleistungen sein. Dadurch würde dieser nur künstlich in die Höhe getrieben, und dies liege nicht einmal im amerikanischen Interesse. Man müsse aber dafür sorgen, daß sich der internationale Markt wieder erhole.

Rathenau nennt den Entschluß Doucheurs, mit ihm in Wiesbaden zu konferieren, eine entschlossene und staatsmännische Tat. Das verheißt gute Aussichten

für die Zukunft. Endlich meint Rathenau, es müsse in Deutschland eine Organisation geschaffen werden, die die Aufträge sammelt und allen Ländern und allen großen wie kleinen Betrieben in gleicher Weise zuführt, damit keine Reparationsgewinnler in die Erscheinung treten und jeder an dieser Arbeit beteiligt ist. Gelingt es aber, einen großen Teil unserer Verpflichtungen in Sachleistungen zu erfüllen, so entspreche daraus für uns eine große nationalwirtschaftliche Aufgabe, die nur gelöst werden könne, wenn alle Kreise sich nach bestem Können an ihr beteiligten.

## Ein Appell an den Friedensvertrag.

Die Entente und Oberschlesien.

Von der deutschen Regierung ist nach London, Paris und Rom eine dringende Note abgegangen, die eine eingehende Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien enthält. Nachdem eingangs dargelegt wird, wie Korsantj seit sechs Wochen die Gewalt an sich gerissen hat, wie unendlich die ober-schlesische Bevölkerung unter den Gewalttaten und der Willkür der Aufständischen zu leiden hat, wie im ganzen Land alle historischen, kulturellen, landwirtschaftlichen und industriellen Werte planmäßig von den durch dauernden Zustrom aus Polen vertriebenen russischen Vandalen vernichtet werden, ohne daß die Interalliierte Kommission die geeigneten Mittel zur Niederwerfung des Aufstandes gefunden hätte, wird weiterhin darauf hingewiesen, daß auch nach dem Eintreffen der alliierten Truppenverstärkungen die Lage sich nicht gebessert habe. Vielmehr hätten die Polen die anfänglich geräumten Orte erneut besetzt und formierten sich überall im Rücken der vorgehenden alliierten Truppen zu neuen Banden, die weiterhin ungehört ihr Unwesen trieben. Nachdem dann auf die allgemein anerkannte bewundernswürdige Zurückhaltung und Disziplin des deutschen Selbstschutzes, die nur im Vertrauen auf das Eingreifen der Alliierten bewahrt werden könnten, hingewiesen wird, legt die deutsche Regierung gegen die gegenwärtigen Zustände schärfste Verwahrung ein.

Es sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den ober-schlesischen Selbstschutz auf gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Erfolg kann allein dadurch erzielt werden, daß mit erstem Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert wird. Geschieht dies nicht, so wird die volle und alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse und ihre Folgen der Interalliierten Kommission und deren Präsidenten zur Last fallen, der die Macht besitzt, durch energische Maßnahmen die Befriedung des Landes in kurzer Zeit herbeizuführen.

Nach dem Friedensvertrage (Art. 88) ist die Interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar, wenn die Interalliierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zum Einsatz bringt. Sie muß daher erneut und mit allem Nachdruck fordern, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegend deutsch ist, endlich überall und restlos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.

## Die 12-Milliarden-Zahlung.

„Der erste Teil der deutschen Schuld.“

Der Reparationsauschuss teilt, wie aus Paris gemeldet wird, in einer offiziellen Verlautbarung mit, daß die deutsche Regierung zu der im Londoner Abkommen vorgesehenen Frist 1. Juli eine Gesamtschuldverschreibung über 12-Milliarden Goldmark übergeben werde, eine Entscheidung, die im Einvernehmen mit den Deutschen getroffen worden sei.

Hierzu bemerkt ein französisches Blatt, daß diese Schuldverschreibung, die ein Anerkenntnis des ersten Teiles

der deutschen Schuld darstelle, später in einer gewissen Anzahl von Obligationen nach Uebereinkunft der alliierten Mächte eingeteilt werden soll. Dieser Teil der Schuld soll 5 Prozent Zinsen tragen und mit 1 Prozent amortisiert werden. In der erwähnten Verlautbarung teilt der Reparationsauschuss ferner mit, er habe in der Angelegenheit der deutschen Holzlieferungen die deutsche Regierung daran erinnert, daß sie eine strenge Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen erwarte. Die Fristen erstrecken sich vom 28. Mai bis 28. September 1921. Im Laufe dieses Zeitabschnittes seien 960 000 Kubikmeter Holz zu liefern, die unter Frankreich, Italien und Belgien verteilt werden.

Außerdem hat sich die Reparationskommission noch mit dem Friedensvertrage zwischen Oesterreich und der Entente von St. Germain beschäftigt. Es wurde auf Grund des Artikels 203 dieses Vertrages beschlossen, allen Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Ergänzungsfrist von drei Monaten für die Abstemplung der Stücke der früheren österreichischen Staatsschuldenverwaltung zu gewähren.

## Das Umlageverfahren angenommen.

Die Nachsitzung des Reichstages.

In später Abendstunde nahm der Reichstag am Donnerstag seine unterbrochene Sitzung wieder auf. Auf der Tagesordnung steht nunmehr die dritte Lesung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Während der Pause haben die Parteien des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten sich auf einen Kompromißantrag geeinigt, der an die Stelle des abgelehnten § 1 treten soll und den gleichen Wortlaut hat, wie die bisherige Fassung, also die Umlage auf 2,5 Millionen Tonnen festsetzt und lediglich die ersten Lieferfristen auf Oktober und Dezember verschiebt.

Der Antrag wird mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen gegen die Linke angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes mit unwesentlichen Zusätzen und Änderungen. Das Gesetz wird sodann unter lauten Pfirschen der Linken angenommen, desgleichen eine dazu gehörige Entschließung.

So ist das heikumstrittene Umlageverfahren Gesetz geworden. Allerdings nicht ganz so, wie es der Reichsernährungsminister Hermes gewünscht hat. Hermes hatte bekanntlich vorgeschlagen, 3 Millionen Tonnen umzulagen, während der Reichstag nur 2,5 Millionen für die notwendige Versorgung der Bevölkerung anerkannt hat. Die Parteien der Rechten wollten anfangs nur für die freie Wirtschaft, die der Linken für eine Erhöhung der Umlage auf 4,5 Millionen Tonnen stimmen. Die Rechtsparteien haben also ihren Antrag zugunsten des von dem Zentrum und Demokraten gestellten Antrages auf Erniedrigung der Umlage auf 2,5 Millionen Tonnen zurückgezogen, und so stimmte der ganze Reichstag mit Ausnahme der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten für die auf 2,5 Millionen erniedrigte Umlage.

Es wird also schon bei der diesjährigen Ernte der größte Teil des Getreides dem freien Handel überlassen, während 2,5 Millionen Tonnen die Ernährung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen sicherstellen sollen.

## Eröffnung der D. L. G.

Die Wanderausstellung in Leipzig.

Die 28. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die erste nach dem Kriege, wurde in Leipzig im Zeichen herrlichen Sommerwetters vom Präsidenten des Landesfunktionsrates, Dr. Mehnert-Tressden, mit einer längeren Ansprache eröffnet. Unter dem Beifall der Anwesenden führte er u. a. folgendes aus:

„Arbeit und Wiederaufbau heißt die Parole des Tages, allen anderen aber voranzugehen sei Aufgabe und Pflicht der deutschen Landwirtschaft. Ohne schnelle und weiterreichende Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sei alles Tun umsonst. Die deutsche Landwirtschaft

verlange dafür aber die unbedingte Gewähr für Sicherheit von Leben und Eigentum. Sie verlange Ausbebung auch der letzten Reste der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft. Nur in voller Freiheit könne die deutsche Landwirtschaft sich zu der Höhe entwickeln, die das allgemeine Interesse erfordere. Für das Vaterland zu wirken bis zum letzten Atemzuge, das sei das Gelohnis der deutschen Landwirtschaft in diesen Tagen. Dem Wiederaufbau Deutschlands gelte ihr Ringen.“

Nach Abstimmung des Deutschlandliedes ergriff dann der sozialdemokratische sächsische Ministerpräsident Buch das Wort, der einige bemerkenswerte Ausführungen machte: „Kein Stand, kein Beruf könne sich in einem Staatsganzen wohl fühlen, wenn nicht ein gegenseitiges Verstehen und Würdigen das Bewußtsein leide, daß das Wohlergehen des Staates das Wohlbefinden aller seiner Glieder bedinge. Heute haben wir nicht abzuschätzen, was wirtschaftlich gut und schlecht ist, heute haben wir das in Augenschein zu nehmen, was uns die deutsche Landwirtschaft als ihren Erfolg zeigt und darauf die Hoffnung zu setzen, daß die heimische Erde reichlich und gütig der Menschheit ihre Spenden auch weiterhin geben wird.“

Nachdem noch der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Horde, im Namen der Stadt die Eröffnungsreden begrüßt und Kammerherr v. Freyner namens des Vorstandes der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ein Hoch auf Leipzig ausgedrückt hatte, fand ein Rundgang der Ausstellungsbesucher durch die festlich geschmückten, sehr reich beschilderten Ausstellungsgebäude statt.

## Die Angestellten-Versicherung.

Eine zweifelhafte Einrichtung.

Vor einigen Tagen hat bekanntlich der Reichsrat die Heraussetzung der Einkommensgrenze bei der Angestelltenversicherung von 15 000 auf 28 000 Mark beschloffen, eine Maßnahme, die sowohl bei Arbeitgebern wie Angestellten lebhaftes Bedenken auslöst. Von interessierter Seite wird uns zu der Frage folgendes geschrieben:

„Ganz abgesehen davon, daß die Angestelltenversicherung schon in der bisherigen Form für viele eine etwas zweifelhafte Einrichtung wurde, ist nicht recht einzusehen, warum die Gläubigen, die über 15 000 Mark jährliches Gehalt beziehen, in diese Organisation mit hineingepreßt werden sollen, zumal sie nicht den mindesten Vorteil davon haben. Nach den neuen Bestimmungen ist der Beitrag in der höchsten Klasse (über 15 000 bis 28 000 Mark Einkommen) auf monatlich 98,40 Mark, also rund 100 Mark festgesetzt. Der Versicherte hat dann nach ca. 10 Jahren die Berechtigung, das für ihn jährliche Ruhegehalt von 3360 Mark zu beanspruchen. Schon allein mit diesen Zahlen, die dem teuer Zahlenden einen lächerlichen Bettelpfennig im Alter verheißt, dürfte die neue Versicherungsregelung, die der Reichsrat gut geheißen hat, gerichtet sein. Es bleibt noch zu betonen, daß die Beiträge der anderen Klassen nur „bis auf weiteres“ gelten und daß z. B. ein Angestellter, der zwischen 10 000 und 15 000 Mark Einkommen hat und der jetzt monatlich nicht weniger als 80,40 Mark einschließlich des Arbeitgeberbeitrages zahlen soll, Anspruch auf ein Ruhegeld mit einem Grundbetrage von 360 Mark jährlich hat! Also auch denen, die in der Angestelltenversicherung eine gewisse Zukunftsaussicht sehen, wird die neue Regelung unerwünscht sein.“

Die Zwangsversicherung scheint jedoch auch noch einen anderen Haken zu haben, und dagegen Front zu machen, ist Pflicht. Die Organisation und Verwaltung der Reichsversicherung verhängt heute schon Aufnahmen der einzuzahlenden Beiträge. Wie wird das erst werden, wenn der Segen der hohen Beiträge sich in die Amtsstuben ergießt? Wir haben schon so oft von behördlicher Verwaltung gehört, um zu wissen, daß dann neue Verwaltungsstellen „unbedingt erforderlich“ sind und die Räume der Organisation mit dem fruchtbaren Beitragsboden in den Himmel wachsen. Solch lächerliches Meaumen der Bürokratie muß im Interesse der gesunden Volkswirtschaft und der Sanierung unserer Finanzen auf das Entschiedenste abgelehnt werden.

Es empfiehlt sich also, — und der Reichsrat wird sich dem sicher nicht ver-

schließen können. — Das letzte Wesen als kleineres Hebel bestehen zu lassen und den über 15 000 Mark Verbleibenden das Zurücklegen des Notpennials als Staatsbürgerliche Pflicht selbst zu überlassen. Wer 10- bis 20 000 Mark Nettoeinkünfte bezahlten kann, wird auch über dieses Geld selbst zurückschauen können. Die Neuverteilung dient nicht den Interessen der Annehmlichen.“

### Holz vor seinen Richtern.

— Berlin, 17. Juni 1921.  
Der 4. Tag.

Bevor die Beweisaufnahme am 4. Verhandlungstage fortgesetzt wird, kommt es zwischen Holz, seinem Verteidiger und dem Staatsanwalt zu einem kleinen Intermezzo über die Frage, ob Holz in der Gefängnis- oder in bürgerlicher Kleidung den Verhandlungen beiwohnen soll. — Besonders Interesse verdient dann die Besprechung eines Holz'schen Befehls, einen Sippsmann und drei Reichswehrsoldaten zu töten. Holz stellt die Angelegenheit so hin, als sei dieser Befehl von ihm aus eine Probe darauf gewesen, ob seine Leute tatsächlich keine Gefangenen töten. Seine Leute hätten sich geweigert, Gefangene zu töten, und damit sei der Beweis erbracht, daß die Behauptung der Richter, Holz und seine Leute hätten Gefangene getötet, nicht richtig sei. Er (Holz) habe stets die Tötung von Gefangenen oder Weiseln zu verhindern gesucht.

**Die Ermordung des Gutsbesizers Hef.**  
Das Gericht tritt dann in die Verhandlung der Hauptbeschuldigung Holz', die Ermordung des Gutsbesizers Hef, ein. Bestätigt es sich, daß Holz der Mörder des Gutsbesizers gewesen ist, so kann es ihm unter Umständen den Kopf kosten. Holz bestreitet entschieden, auf Hef geschossen zu haben und erklärt, daß er den Tod desselben bedauere. Es folgen darauf umfangreiche Zeugenvernehmungen, u. a. der Frau des Ermordeten, die so erregt ist, daß ihre Aussage ausgelesen werden muß.

Dr. Schulz berichtet als Sachverständiger ausführlich über die Verwundung des Gutsbesizers Hef, dessen Tod durch einen Lungenschuß erfolgt sei.  
Eine Sensation bildet dann in der Verhandlung das Vorlesen eines Briefes durch Holz, der ihm angeblich aus dem Zuchthausraum zugegangen sei. In diesem Briefe werden die Verteidiger Holz' anzureißen, die sich „schönen Mammons“ wegen hingeben, Holz zu verteidigen. Holz selbst wird in dem Briefe ein „viehischer Verbrecher“ genannt, der nicht einmal der Todesstrafe wert sei.

Es folgte dann die Vernehmung von zwei Zeugen, darunter ein 18jähriger Knecht, die der Roten Armee unfreiwillig auf kurze Zeit angehört haben. Die Zeugen können über die Ermordung des Gutsbesizers Hef keine genaueren Angaben machen. Bemerkenswert sind nur die Aussagen eines Kriminalkommissars, der sich ausführlich mit den Aussagen eines Zeugen, den er unmittelbar nach der Ermordung Hef' vernommen habe, beschäftigt. Auch diese Aussage bringt noch kein Licht in die Angelegenheit. Daher wird am folgenden Tage die Beweishebung fortgesetzt werden.

### Was ist der Landbund?

Diese Frage wurde auf dem Lehrgang für Wohlfahrtspflege in Halle durch einen Vortrag des Pastors Möferich über das Wohlfahrtspflegeprogramm des Landbundes der Provinz Sachsen folgendermaßen beantwortet:

„Landbund ist Zusammenfassung der gesamten Landbevölkerung auf christlicher und nationaler Grundlage zu dem Zwecke der Verteidigung der Landwirtschaft gegen landwirtschaftliche Verordnungen, zum Zweck des Gewinnens der Führung des Wirtschaftslebens für die Landwirtschaft, da die Ernährungsfrage für die nächsten Zeiten die Hauptrolle spielt, und zum Zwecke der kulturellen Hebung der gesamten Landleute, durch die allein jenes Ziel erreicht, d. h. die gesunde Weiterexistenz unseres Volkes gewährleistet werden kann.“

Mit beiden Füßen steht der Landbund auf dem Boden der christlichen Religion, d. h. die Lebenskraft bei dem Bewußtsein, daß die Gottheit dir hilft, dich nicht verläßt. Religiöse Bewegungen sind von jeher in der Geschichte die wichtigsten gewesen, daher brauchen auch wir Landbundeleute jene Kraft, und wir haben sie, weil wir wissen: es ist eine gute Sache für die wir kämpfen! Das Gute, was wir erstreben, ist nicht Eigenliebe, sondern das gesamte Volkswohl.

Darum ist die zweite Säule, die das Gebäude unseres Bundes trägt, das Nationalgefühl, die Vaterlandsliebe. Wir lieben unser deutsches, von den Vätern ererbtes Land, weil uns das im Blute liegt und wir Gott sei Dank noch auf gesundes Blut Wert legen. Aber auch deshalb stellen wir das Vater- und Mutterland über das Ausland, weil unser gesunder Menschenverstand uns einfach verbietet, international zu sein. Erst dann, wenn wir unsere eigenen Verhältnisse in Ordnung gebracht haben, wenn wir in aller Ruhe vorwärtsstreben und vorwärtskommen können, — dann dürfen wir meinetwegen, sofern wir noch Zeit, Kraft und Lust dazu haben, uns ums Ausland kümmern.

Bezüglich landwirtschaftlicher Innenpolitik erstreben wir im Verhältnis zur Landwirtschaftskammer ein friedliches Zusammenarbeiten. Sie hat die sachmännlich-wissenschaftlich-technische Fortbildung der Landwirtschaft, wir kämpfen in der Wirtschaft-

politik als berufständliche Vertretung für Förderung des gegenwärtig notwendigen Standes und in einer ausgeprochenen Landpolitik gegen die ewige Bevorzugung der Städte vor dem Lande für viel, viel größere Verlässlichkeit der Landbevölkerung in allen Fragen der Technik, Zivilisation und Kultur. Das ist der Landbund!“

### Grundbesitz und Reparationssteuern.

Zu den neuen Steuerprojekten der Reichsregierung hat der Reichs-Landbund in folgender Entscheidung Stellung genommen:

Die Annahme des Ultimatums des Feindbundes legt dem deutschen Volke in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht Lasten auf, die auf die Dauer nicht zu erfüllen sind. Die übernommenen Verpflichtungen übersteigen jedes Denkvermögen. Um ihnen genügen zu können, muß die Regierung nach neuen Einnahmequellen suchen. Jeder Landwirt ist sich klar darüber, daß auch er schwere Opfer bringen muß. Niemals aber dürfen Steuerprojekte auf phantastischer Grundlage auf gebaut sein, wie die neuen Vorschläge der Reichsregierung.

Gegen Steuerprojekte, die darauf abzielen, den Goldwert des Grund und Bodens mit einer 20prozentigen Zwangshypothek des Reiches zu belasten, legt der Reichslandbund schärfste Verwarnung ein, vornehmlich, wenn der Goldwert durch Multiplikation des Friedenswertes mit 15 errechnet werden sollte. Der Goldwert des Grund und Bodens beträgt in heutiger Währung unendlich viel weniger. Jeder nicht von Kriegsgewinnlern und Spekulanten gezahlte Grundstückspreis beweist dies zur Genüge.

Des Weiteren liegt die Gefahr nahe, daß durch ein solches Gesetz einer späteren Verstaatlichung des Grund und Bodens — also der Befestigung des Privateigentums — die Wege geebnet werden. Solches Beginnen würde nur den Absichten des Feindbundes Vorschub leisten, als dadurch ein großer Teil des deutschen Reiches auf indirektem Wege dem Feindbund überantwortet würde. Wir warnen die Regierung, durch solche Maßnahmen die ungeheuerliche Schuld an der Verstaatlichung des deutschen Grund und Bodens und der Vernichtung des deutschen Bauernstandes auf sich zu laden.

Der Reichslandbund wird alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um zu verhindern, daß durch nicht wieder gutzumachende Maßnahmen die Existenzgrundlagen des Besitzes in Stadt und Land für immer beseitigt und die deutsche Landwirtschaft zu dauernden Fronsklaven des Feindbundes gemacht wird.

Der Reichslandbund fordert außerdem, daß die sachverständige Instanz, der Reichswirtschaftsrat, gehört und die in seinem Urteil liegende Schwerkraft beachtet wird, bevor eine Entscheidung über diese, für das Wirtschaftsleben, wie für die Weiterexistenz des deutschen Volkes folgenschwerste Frage getroffen wird.

### Reichsnotopfer.

Errechnung des Durchschnittsreinertrages landwirtschaftlich genutzter Grundstücke.

Im Steuerauschuß des Reichstages war feinerzeit ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums eingebracht worden, die Ausführungsbestimmungen zum Reichsnotopfer dahingehend zu ändern, daß anstelle der Jahre 1914 bis 1918 die Jahre 1908 bis 1918 zur Errechnung des Durchschnittsreinertrages zu Grunde gelegt werden sollten. Trotzdem der Reichsfinanzminister sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt hatte, sind verschiedentlich nur die Kriegsjahre 1914—1918 der Wertermittlung zu Grunde gelegt worden. Auf eine hierdurch erforderliche gewordenen Anfrage des Abgeordneten Hepp, Vorsitzenden des Reichslandbundes, hat der Reichsminister der Finanzen nunmehr folgende bedeutungsvolle Antwort erteilt:

Der Reichsfinanzminister der Finanzen.  
Berlin W. 66, den 6. Juni 1921.  
Wilhelmstr. 1.

Auf das gefällige Schreiben vom 27. dieses Monats beehre ich mich zu erwidern, daß die Finanzämter neuerdings angewiesen sind, bei der Errechnung der Durchschnittsreinerträge landwirtschaftlich genutzter Grundstücke für die Veranlagung zum Reichsnotopfer den Ertrag der Wirtschaftsjahre 1912-13 bis 1919-20 zu Grunde zu legen.  
F. B.: Kapf.

An das Mitglied des Reichstages  
Herrn Hepp  
Hochwohlgeboren  
Berlin SW. 11.

### Die Seidenzucht.

Ein Appell an die Landfrauen.  
In der „Deutschen Frauenarbeit“, dem Organ des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Frauenvereine, lesen wir:

Die Neu belebung des Seidenbaues in Deutschland bezweckt, erstens die Einfuhr der Rohseide aus dem Ausland nach und nach mehr zu beschränken und unserm verarmten Vaterland eine Sparbilchse zu schaffen. Zweitens aber sollen auch den Helferinnen bei dieser Neuarbeit Verdienstmöglichkeiten erschlossen werden, die bei reiner Nebenarbeit einen recht willkommenden Spargroschen bedeuten kann.

Überall in deutschen Landen heißt es: Vos vom Auslande, lauft nicht Erzeugnisse aus feindlichen Ländern, schükt die Seiden-

industriell Erzeugt jeden Rohstoff in reichlich im eigenen Lande. Die Seidenzucht bringt geradezu zur Durchführung dieser Parole auf. Zahlreiche Vereine und Privatpersonen liefern den besten Beweis dafür. Bisher wurde das Publikum in dem Glauben gehalten, daß Deutschlands Klima der Zucht der Seidenraupe entgegenstehe. Es wurde ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Maulbeere, die notwendige Nahrung für die Seidenraupe, sich unserm rauhen Klima nicht anzupassen vermöge. Dieser Behauptung stehen die Erfahrungen direkt entgegen, denn Maulbeeranpflanzungen, die noch aus Zeiten des alten Reich bestehen, liefern jetzt zu den jährlichen Seidenraupenzuchten nahrhaftes Futter. Neuanpflanzungen der Maulbeere als Busch, Strauch oder Pflanze gedeihen im dürrigsten Boden. Selbst der harte Winter 1916-17 konnte junge Maulbeerkulturen in ihrer Entwicklung nicht hindern.

Die Zucht der Seidenraupe selbst ist denkbar einfachste. Die Raupe wird im geschlossenen Raume gezüchtet. Der Grund hierzu ist nicht allein die wärmere gleichmäßigere Temperatur, die man dem Würmchen im Zimmer geben kann. Die Raupe findet im Freien zu viele Feinde, als daß sie sich bis zur Spinnreife entwickeln könnte. Sturm und Regen sind für unser kostbares Näublein zu rauhe Gefellen und würden sie von ihrem Busche, der ihr Nahrung und Obdach bedeutet, herunterjagen. Einmal von „Haus“ vertrieben, fände sie nicht mehr zurück, sie müßte elendiglich umkommen, das heißt: Werte gingen verloren.

Die Pflege der Raupe ist die einfachste Berrichtung. Die Arbeit, die nur im Füttern besteht, können Kinder ausführen, wenn Erwachsene dies gewissenhaft beaufsichtigen. Die Raupenpflege erfordert 6 Wochen des Jahres. Sie beginnt Ende Mai und Mitte Juli steht die Pfliegerin staunend vor dem Ende ihrer Arbeit, sie sieht, wie das zusehends herangewachsene Näubchen sich anschickt, zu spinnen, sie sammelt die reifen, sauberen Kokons, welche die Frucht und Ernte ihrer Arbeit darstellen und vor allen Dingen ihr persönlich Gewinn bringen, und sie hat geholfen, vaterländische Arbeit zu leisten, sie hindert, viele Millionen an das Ausland auszuführen.

Notwendig ist in erster Linie, alte Maulbeerbestände zu schützen und neue Anpflanzungen vorzunehmen, zweitens, wo Futter vorhanden, schon in diesem Jahre mit der Zucht zu beginnen. Alles Nähere vermittelt der Gemeinnützige Verband für Seidenbau in Deutschland E. V., Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Straße 6. Dort sind auch zur näheren Belehrung zu haben:  
Anleitung zur Seidenraupenzucht 1,25 M.  
Der Maulbeerbaum — ein Ketter 2,— M.

### Tumult im Reichstage.

— Berlin, 17. Juni 1921.

Prügelbänen im Sitzungssaal.  
Im Ballotraum haben sich heute Szenen abgepielt, die in der Geschichte des Deutschen Reichstages bisher noch nicht erlebt wurden. Vor nahezu leerem Hause wird zunächst eine Anfrage nach der anderen beantwortet, alles widelt sich ruhig und friedlich ab. Ruh vor dem Sturm! Dann steht die unabhängig-sozialistische Interpellation über die

Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis

zur Debatte.

Der bayerische Abg. Unterleitner (U. S.) begründet die Interpellation mit großer Ausführlichkeit. Er sucht den Beweis zu erbringen, daß der Mord nicht die Tat eines Einzelnen sei, sondern die Auswirkung eines ganz bestimmten politischen Systems. Es bestehe in Bayern, so behauptet der Redner, eine rege Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, mißliebige Politiker zu beseitigen. Dieser Organisation sei Gareis zum Opfer gefallen, „nur weil er zuviel wußte“. Der Mörder stehe der Münchener Polizei nahe. (Hört, hört! links.)

Der Redner verliest Stichproben aus dem „Miesbacher Anzeiger“. Dieses Blatt durfte offen zum Morde auffordern. Der Abgeordnete verliest dann eine Aeußerung eines Deutschnationalen: „Kommunisten sind keine Deutschen, die erledigen wir kalt!“ (Abg. Dr. Wittelmann (D. Wp.): Da hat er recht! — Großer Lärm bei den Kommunisten. Der Kommunist Kemmele springt von seinem Platz auf, stürzt auf den Abgeordneten Mittelmann zu und schlägt auf ihn ein. Abgeordnete der Rechten kommen dem Ueberfallenen zu Hilfe. Es entsteht ein wilder Tumult. Abg. Dr. Heim und andere versuchen, die Kämpfenden auseinanderzubringen. Der Lärm dauert aber fast eine Viertelstunde lang an. Präsident Voebel schließt daher die Sitzung kurz vor 8 Uhr.

Da diese Mitteilung in dem Lärm untergegangen war, erschien der Präsident um 8 Uhr 10 Min. nochmals im Saale und teilt mit, daß die Sitzung geschlossen sei und um 8 1/2 Uhr der Nelestenauschuß zusammenzutreten werde, um zu dem Tatbestand Stellung zu nehmen. Im Saale bleiben noch lange erregte Gruppen zusammen.

Die zweite Sitzung.  
Nach zweistündiger Unterbrechung eröffnet der Präsident die Sitzung und erklärt, daß der Nelestenauschuß sich bemüht habe, die häßliche Angelegenheit aufzuklären. Abg. Mittelmann habe erklärt, daß sein Zwischenruf „Sie haben recht!“ sich nur auf das Rital bezoa: „Die Kommunisten sind

keine Deutschen!“ Die Fortsetzung: „Darum mache man sie kalt“ habe er nicht gehört. Dafür erteilt der Präsident dem Abg. Mittelmann einen Ordnungsruf; einen noch schärferen Ordnungsruf erteilt er dem Abg. Kemmele, weil er zu Tätlichkeiten geschritten sei.

Eine Erklärung des Reichsanzlegers.  
Abg. Unterleitner (U. S.) beendet seine unterbrochene Rede, dann ergreift der Reichsanzleger Dr. Wirth das Wort, um sich in äußerst scharfen Worten unter steigender Erregung der Rechten des Hauses gegen die rechtsradikalen Elemente in Bayern zu wenden, die Ursache und Schuld an der Ermordung des Abg. Gareis trügen.

Der Anzleger drückt seine heftigste Empörung aus über den Ton und Inhalt der Pamphlete aus, die diese Elemente verbreiten, und betonte, daß selbst die Bayerische Volkspartei dieses Treiben verurteilt. Diese Elemente wollen zu einem Putsch treiben und mit illegalen Mitteln die legale Gewalt stürzen und damit die Einheit des Deutschen Reiches vernichten. Einem solchen Vorgehen werde die Reichsregierung unter allen Umständen zu begegnen wissen.

Dr. Wirth erkennt dankbar an, daß die bayerische Regierung die Reichsregierung bei der Durchführung der Entwaffnung wirksam unterstützt hat, und daß die Entwaffnung von den Parteien Bayerns freiwillig ausgegangen sei. Er erkläre sich bereit, zu vergessen und zu vergeben, was getan war, und jedem die Hand zu reichen, der an der Einheit des Reiches und dem Wiederaufbau Deutschlands ehrlich mitarbeiten will. Deutschlands Rettung könne nur vor sich gehen, wenn alle Parteien rechts und links zusammenarbeiten.

Das Haus vertagt sich dann auf Sonnabend.

### Preussischer Landtag.

— Berlin, 17. Juni 1921.

Den Anfang machte heute eine Reihe kleiner Anfragen. Hierbei weist u. a. der Mehrheitssozialist Ruttner darauf hin, daß der Amtsrichter Höhne beim Amtsrichter Neuföhl unter strafbarem Mißbrauch Personen nötigt, den Eid in der religiösen Form abzulegen. Die Regierung antwortet, daß ein Verfahren eingeleitet ist.

Es folgt die Beratung des deutschnationalen Antrages über die Vergewaltigung deutscher Domänenpächter in den früheren deutschen Landesteilen Polens.

Abg. Dr. Regenborn (Dnat.) begründet den Antrag: Es besteht Grund zu der Befürchtung, daß über 150 deutsche Domänenpächter vor Ablauf der Pachtzeit bereits am 1. Juli auf Grund vertragswidriger Kündigung aus ihren Domänen vertrieben werden. Der Redner beantragt, die polnische Regierung dahin zu verständigen, daß ihre Wünsche auf Anbahnung normaler Handelsbeziehungen zu Deutschland nicht verwirklicht werden können, wenn sie vertragsmäßige Rechte deutschstämmiger Staatsbürger mit Füßen tritt und daß ferner bei sämtlichen Regierungen der Entente auf diese neuen flagranten Verletzungen des Friedensvertrages hingewiesen wird.

Ein Regierungsvertreter erklärt im Namen der preussischen Domänenverwaltung, daß sie im Interesse der benachteiligten Pächter und Förster alle erforderlichen Schritte unternommen hat. Die Domänenverwaltung hat das Auswärtige Amt sofort ersucht, bei der polnischen Regierung die Rückgängigmachung dieser Anordnung zu beantragen. Zeitungsnachrichten zufolge will die polnische Regierung die kritische Anordnung vorläufig außer Kraft setzen, eine Bestätigung dafür liegt jedoch nicht vor.

Der Kommunist Dr. Meyer-Ostpreußen erklärt unter großem Widerspruch des Hauses, daß von Gewalttätigkeiten des polnischen Staates gegenüber den Domänenpächtern keine Rede sein könne. Im übrigen lehnt der Redner, ebenso wie der Unabhängige Nabel, den Antrag ab, weil er nationalistische Tendenzen verfolge. Abg. Krüger-Posdam (Soz.) beitrete dies ganz entschieden und stellt ferner fest, daß der Antrag in keinerlei Zusammenhang mit Ober-schlesien stehe.

Bei den in Frage kommenden Domänenpächtern handelt es sich um Vertragsvereinbarungen mit dem preussischen Staat.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und der Unabhängigen angenommen.

Das Haus setzt sodann die Beratung des Justizetat's fort.

Abg. Ruttner (Soz.): Solange die Hohenzollern regierten, hat eine Unabhängigkeit der Richter nicht bestanden. (Lachen rechts.) Unter dem alten System ist auf die Richter ein unerträglich Druck ausgeübt worden. In Deutschland hat sich gewissermaßen ein Verböhrertum der Rasse ausgebildet. Woher kommt es z. B., daß Deutschnationale, die wegen Beleidigung angeklagt sind, in den meisten Fällen nur zu Geldstrafen verurteilt werden, während man über Sozialdemokraten wegen desselben Vergehens Gefängnisstrafen verhängt? Wir bezweifeln, daß Herr Stegerwald die Justizreform durchführen wird.

Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf (Ztr.) nimmt den Richterstand gegen die sozialistischen Angriffe in Schutz und tritt dann für eine Reform des Strafanstaltswesens ein.  
Abg. Seelmann (Dnat.) verlangt unbedingte Beibehaltung der wissenschaftlichen

Ausbildung der Richter und beauftragt eine Vereinfachung der Straf- und Zivilrechtspflege.

Hierauf wird die Weiterberatung des Justizetat's auf den 30. Juni vertagt.

Deutsches Reich.

Berechnung bayerischer Offiziere. Aus München wird geschrieben: Nach zuverlässigen Nachrichten soll in der nächsten Zeit der bayerische Landeskommandant General von Mühl nach Kassel „beordert“ werden...

Die sächsischen Unabhängigen gegen den eigenen Minister. Der sächsische Minister des Innern Lipinski brachte im Landtag ein Gesetz über Aenderungen im Volkstun...

Einstellung der deutschen Dollarkäufe. Die Reparationskommission hat an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, die Dollarkäufe für die Reparationszahlungen in Zukunft einzustellen...

Vertagung des preussischen Landtags. Der Aelterenrat des preussischen Landtages beschloß, das Plenum Mitte Juli voranschichtlich am 15. Juli, bis Ende September zu vertagen...

Ein Gedanktag aus großer Zeit. Vor 50 Jahren, am 16. und 17. Juni 1871, zogen die siegreichen deutschen Truppen aus dem deutsch-französischen Kriege unter dem Jubel der Bevölkerung in Berlin ein.

Das gegen den früheren Ministerialrat im Ernährungsministerium Augustin inhängig gemachte Verfahren wegen Verletzung ist jetzt auf Beschluß der Strafkammer des Landgerichts I Berlin eingestellt.

Für den freigeordneten deutschen Gesandtenposten in Prag ist der Berliner sächsische Bevollmächtigte, Dr. Koch, auszuwählen.

Der frühere kaiserliche Gesandte Dr. Oskar Stübgen ist im 75. Lebensjahre in Dresden verstorben. Er hatte von 1900 bis 1905 die Leitung der Kolonialabteilung.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei ist auf den 29. Juni einberufen worden. Auf dieser Tagung soll auch der Fall Erzberger erörtert werden.

Das Vorstandsmittalteil des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Silberschmidt, ist als Berater und Mitarbeiter in Arbeiterangelegenheiten in das Reichsministerium für Wiederaufbau berufen worden.

Der bayerische Minister des Innern hat für die Ergreifung des Mörders des Aba. Gareis eine Belohnung von 30 000 Mk. ausgesetzt.

Ausland.

Im englischen Unterhause hat der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß eine offizielle Abordnung demnächst nach Rußland gesandt werden solle, um sich über die Aussichten des englisch-russischen Handels zu unterrichten.

Neuer meldet, daß noch keine Aussichten dafür vorhanden sind, daß eine Lösung des japanisch-amerikanischen Konfliktes über die Yap-Frage in Kürze zu erwarten ist.

Nach Moskauer Meldungen ist zwischen Sowjetrußland und Angora eine Militärkonvention unterzeichnet worden, durch welche sich Sowjetrußland zur militärischen Hilfe gegen Griechenland und Armenien verpflichtet.

Abn. O. Churchill kündigte im englischen Unterhause den Beschluß der englischen Regierung an, in Mesopotamien eine unabhängige arabische Regierung zu bilden, welche in freundschaftlicher Haltung zu Großbritannien stehen soll.

In der belgischen Kammer ist eine Resolution gegen das gegen den ehemaligen Feldpolizeibeamten Ramdohr vor dem Reichsgericht in Leipzig gefällte Urteil eingebracht worden.

Das französische „Muhreer“ wird nach und nach demobilisiert. Nur die Unverheirateten und die Büros und die Reserveoffiziere werden im Dienst behalten.

Die Heereskommission der französischen Kammer hat eine Herabsetzung der allgemeinen Dienstzeit auf 15 Monate vorgeschlagen.

Nach einem Bericht des Moskauer Büros über den Saatensstand in Rußland sind die Aussichten für die Ernte in fast allen Gouvernements sehr schlecht.

Dem ehemaligen Präsidenten Wilson wird die Ausübung des Advokatenberufes im Staate Kolumbia, in dem auch Washington liegt, gestattet werden.

Die englischen Bergarbeiter haben sich mit Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

Der Völkerbundsrat ist am Freitag zu seiner Sommertagung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Anlandsinseln und der polnisch-litauische Konflikt.

Heimatliches.

Rastätten, 20. Juni 1921.

Der Turn-Verein Rastätten hat auf dem gestrigen Gaurturnfest in Hochheim unter 13 Teilnehmern im Einzelwettkampf 9 Sieger zu verzeichnen. Peter Buhr 14. Sieger mit 189 Punkten; Adolf Wollschläger 14. Sieger mit 189 Punkten; Heinrich Wollschläger 26. Sieger mit 177 Punkten; Fritz Wollschläger 29. Sieger mit 174 Punkten; Ludwig Scherer 31. Sieger mit 172 Punkten; Emil Meißner 34. Sieger mit 169 Punkten; K. Nörig 39. Sieger mit 164 Punkten; Willi Seibel 40. Sieger mit 163 Punkten; Ludwig Steeg 41. Sieger mit 162 Punkten.

Im Kranz der Silbermyrthe feiern morgen (Dienstag) die Eheleute Zugführer Franz Strobel und Frau Margarethe geb. Hellerbach das Fest der silbernen Hochzeit.

Künstlerkonzert. Das gestrige Künstlerkonzert im Saale des „Hotel Guntrum“ der Mitglieder der Wiesbadener Staatsoper Nicola Geiße-Winkel, Selmar Viktor und unter Mitwirkung der Klavirtinistin M. Leue aus Wiesbaden war von einem außerordentlichen künstlerischen Erfolge begleitet. Die Künstler referierten ihren vorausgegangenen Auf in jeder Weise. M. Leue bezeugte ihre glänzende Klavierteknik und Vortragweise in Kompositionen von Bach, maninow und Witner. Herr Selmar Viktor, als ganz hervorragender Violinmeister, hielt mit Vorträgen, Violinkonzert von Wieniawski, klassische Stücke alter Meister und Rigeunerweisen von Naderz alles in seinem Bann. Wir müssen aufrichtig gestehen, solch eine eminent große Geigenkunst hier in Rastätten noch nie gehört zu haben. Herr Geiße-Winkel bewies sich als der Besitzer einer wundervollen Baritonstimme, die ihren glänzenden Wohlklang in Ariens von Marschner, Rossini und in Liedern von R. Schumann ausstrahlte. Hoffentlich werden wir noch häufiger Gelegenheit haben, die Künstler hier in Rastätten hören zu können. Besonders zu begrüßen würde es sein, wenn sich die Künstler zu einem Konzert in der hiesigen ev. Kirche einschließen könnten. Der Besuch des Konzertes hätte in Anbetracht der gebotenen außerordentlichen Kunstgenüsse ein besserer sein können und wir hoffen, daß das kunstliebende Publikum von Rastätten und Umgebung bei einem nächsten Konzert sich einfinden möge. D. S.

Im Zeichen freier Wirtschaft. Aus Wiesbaden wird berichtet: Eine alte Streitfrage hat sich jetzt ganz von selbst erledigt. Nach einem monatelangen Prozeß zwischen Magistrat und Bäckerinnung über das Weißgebäckverbot, das in erster Instanz für ungültig, von der Strafkammer aber für gültig erklärt wurde, sind seit einigen Tagen in allen Bäckereien gute Weißbrötchen zu 50 Pfg. das Stück, sowie anderes Weißgebäck erhältlich, ohne daß es dazu einer besonderen Verordnung bedurfte.

Miehlen, 20. Juni. Auf dem Gaurturnfest zu Hochheim errangen Preise: In der Mittelstufe Heinrich Berg den 11. Preis. In der Unterstufe: Otto Groß 15. Preis; Hans Heil 21. Preis; Wilhelm Gemmer 27. Preis; Ludwig Karl 30. Preis; Ludwig Otto 30. Preis; Emil Dreßler 34. Preis und Willi Schreiner den 39. Preis.

Wiesbaden, 20. Juni. Die Zahl der Russen in Wiesbaden verhältnismäßig sehr beträchtlich, was hauptsächlich aus der Zeit des Ausbruchs der russischen Revolution datiert. Jetzt haben sie sich zusammengeschlossen und sich im Vereinsregister unter dem Namen „Verband russischer Staatsbürger, Sitz Wiesbaden“ eingetragen lassen. Die riesenförmigen polnischen Papiergelbes, die seinerzeit in ganz Deutschland so großes Aufsehen erregten, kommen am 23. ds. Mts. vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung. Angeklagt sind 12 Personen aus Wiesbaden, Iglhadi, Frankfurt am Main und Berlin, von denen 10 in Untersuchungshaft sitzen.

Altenkirchen, 17. Juni. In der Kapelle von Langenhahn wurde in einer der letzten Nächte eingebrochen. Den Dieben, die den Tabernakelkasten erbrachen, fielen zahlreiche kirchliche Wertgegenstände in die Hände.

Höchst, 17. Juni. Gestern früh gewahrten Arbeiter, wie eine Frau, die mit ihren zwei Kindern dort anscheinend spazieren ging, das eine Kind, einen Jungen von etwa 5 Jahren, unter-

halb der Schleuse in die Flosgrinne stieß. Der Junge konnte noch rechtzeitig von dem Arbeiter Karl Günter den Wellen entrispen werden. Inzwischen war die Frau mit dem zweiten, etwa 2 Jahre alten Kinde oberhalb des Wehres in den Main gegangen. Ein anderer Arbeiter eilte hinzu und brachte zunächst das Kind und dann auch die Mutter wieder auf Land. Was die Unglückliche, eine Frau B. aus Nied, zu der Tat veranlaßt hat, konnte nicht ermittelt werden. Die Frau, deren Mann auf den Harzwerken arbeitet, lebt sonst in geordneten und friedlichen häuslichen Verhältnissen. Sie selbst gibt als Grund Lebensüberdruß an. Es ist anzunehmen, daß sie unter dem Einfluß einer Geistesstörung gehandelt hat.

Vermischtes.

Eines Einbrechers Verzeihung. Aus Wien wird berichtet, daß dort der Geschäftsdienereiner Gesellschaft versucht hatte, den Geldschrank seiner Firma in der Sonntagnacht zu erbrechen. Als ihm dies mit vieler Mühe gelungen war, er aber nur 20 000 Kronen vorfand, faßte ihn eine solche Verzeihung ob des geringen Lohnes seiner Arbeit, daß er sich kurz entschlossen erschöß.

Hungernot in der Ukraine. Das ukrainische Pressebüro meldet aus Lemberg, daß der Gesundheitszustand und die Lebensmittelversorgung in Kiew sehr schlecht sind. Es sollen eine große Anzahl von Menschen an Hunger gestorben sein, während der letzten Tage allein 2000 Personen.

Tausendjährige Samenförner. Nach Baltimore wurde die Mumie eines jungen Mädchens aus der Zeit der dritten ägyptischen Dynastie gebracht, in deren Hüften man einige Samenförner fand, die man auch in einem Garten ansäete. Zur größten Verwunderung aller erblickten aus diesen Samenförnern Rosen von ganz wunderbarer Schönheit, die die aus allen Gegenden herbekommenden Gelehrten in höchstem Erstaunen setzten.

Verhaftung eines Doppelmörders. Der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, einen seit zwei Jahren schon gesuchten Verbrecher zu verhaften. Dieser, ein 31 Jahre alter Feldwebel Rudolf Wessel, wird beschuldigt, seine eigene Frau und den Ehemann seiner Geliebten ermordet zu haben. In gleicher Zeit kommt die Kunde von einer neuen schweren Missetat aus Berlin. Ein früherer Oberpostassistent Spelteshöfer wurde in seiner Schlafstube in einer großen Blutlache tot aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen scheint Raubmord vorzuliegen, da sämtliche Kisten und sonstige Verhältnisse erbrochen waren.

Schloßraub in Hannover. Aus dem Herrenhauser Schloß bei Hannover entwandten Einbrecher vier sehr wertvolle Pendeluhrer sowie sechs Lederkessel. Ein Versuch, auch ein Gemälde aus dem Rahmen zu entfernen, mißlang. Drei der Einbrecher konnten bereits in Hannover festgesetzt werden.

Für Moskau. Auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Arbeiter der Post, Telegraphen- und Telephonverwaltungen in Paris haben die Kommunisten mit einer kleinen Mehrheit gestimmt, und zwar mit 63 gegen 57 Stimmen bei 14 Stimmenthaltung. Das ist die zweite Gewerkschaft nach den Eisenbahnern, die eine Mehrheit für den Anschluß an die Internationale von Moskau ergeben hat.

Große Brandstiftungen in China. In Wutsjana sind Brandstiftungen und Plünderungen vorgekommen. Die Münzanstalt, die Regierungsbank und das Gebäude der Nationalversammlung gingen in Flammen auf. Auch die amerikanische Missionsanstalt ist verwüstet worden.

Italienische Gehaltsaufbesserungen. In Italien herrscht seit Jahrzehnten ein unausgesetzter Kampf der Beamten gegen ihre niedrige Bezahlung, der bei der schlechten staatlichen Finanzlage nur geringe Erfolge erbracht hat. Auch jetzt nach den Neuwahlen ist von der Beamtenpartei ein neuer Ansturm zur Besserung ihrer Lage unternommen worden, und diesmal hat der Ministerpräsident Giolitti nachgegeben. Es wurden Feuerungszulagen von 60-100 Lire für den Monat bewilligt. (Der Friedensdienst einer Lire betrug 80 deutsche Reichspfennige.) Noch schlechter als die staatlichen Beamten sind die italienischen Kommunalbeamten bestellt, bei deren Anstellung viel Vetterwirtschaft getrieben wird. Diese müssen sich in den meisten Städten noch immer mit kärglichem Einkommen behelfen.

Plündererkämpfe in China. Aus Hankau in China wird gemeldet, daß eine Anzahl Plünderer mit ihrer Beute in einem Eisenbahnzuge geflüchtet seien. Die örtlichen Truppen verfolgten den Zug und beschossen die Plünderer mit Maschinengewehre. Dabei wurden ungefähr 350 Personen verwundet.

In Breslau ist der berühmte Kenner der slavischen Sprachen Prof. Rudolf Abicht gestorben.

Goethe im Hölzprozeß. Ueber den vielen Aufregungen im Hölzprozeß, ob der vielen Schandthaten der Roten Armee, sei die Literatur nicht vergessen. — Bei den deutschen Gerichten ist es Vorschrift, daß der Verhandlungsleiter eines Prozesses jedem Zeugen vor seiner Vernehmung die Frage vorlegt: „Sind Sie verwandt oder verschwägert mit dem Angeklagten?“ Selbiges geschah natürlich auch im Hölzprozeß, und mancher Reuee, dem diese Frage noch als

ständige Institution des Gerichts unbekannt war, wird wohl nicht schlecht über die Unterstellung, mit dem ehrenwerten Herrn Hölz verwandt zu sein, gestaunt haben. — Da wird in der Zeugenvernehmung plötzlich der Schlichtermeister Goethe ausgerufen. Alle Thron spizen sich und die sensationelle Frage geht durch das Hirn aller literaturbesessenen Anwesenden: sollte etwa dieser Zeuge mit dem großen Goethe irgendwie verwandt sein? Wie viele Generationen mögen diesen biederen Schlichtermeister von dem Weimarer Genie trennen...? Nichtig, da löst sich schon die Frage des anscheinend gleichermachen neugierigen Vorsitzenden an den Zeugen: Sind Sie verwandt oder verschwägert? — völlige Ruhe im Saal, man hört die berühmte Stednadel fallen, — alles spitzt auf die Antwort — doch was ist das? — Der Vorsitzende fährt gelassen fort: „... mit dem Angeklagten Hölz?“

Die Sterblichkeit in Deutschland ist leider noch immer nicht auf einen normalen Stand zurückgegangen. Die Folgen der Kriegsernährung machen sich bei alten Leuten in ganz betrübendem Maße bemerkbar. Gesunkene Körperkräfte und hohe Lebenshaltungskosten nagen an der Lebensfreudigkeit und verringern die körperliche und seelische Widerstandskraft. Daraus erklärt sich die hohe Zahl der Todesfälle. Selbst im mittleren Lebensalter, besonders bei Frauen, ist die Sterblichkeitsziffer noch unerfreulich hoch. Die Wirkungen der Hungerblockade werden nicht in einem Jahrzehnt überwunden sein. Bedeutende ärztliche Kapazitäten haben das offen ausgesprochen. Die Dezimierung der deutschen Kinder ist eine besonders düstere Aubrik im Kriegskonto.

Ueber die Sichtbarkeit der Planeten. Die Zeit der besten und bequemsten Sichtbarkeit der oberen Planeten, d. h. derjenigen, welche weiter von der Sonne entfernt sind als die Erde, fällt immer mit der Zeit, wo sie sich in der Opposition mit der Sonne befinden, weil sie dann um Mitternacht herum ihren höchsten Stand am Himmel erreichen, die längste Zeit während der Nacht sichtbar sind und außerdem der Erde am nächsten stehen und daher den scheinbar größten Durchmesser erreichen. Während der Zeit der Konjunktionen mit der Sonne, d. h. wenn sie von der Erde aus jenseits der Sonne stehen, bleiben sie immer auf längere Zeit unsichtbar, da sie sich infolge ihrer langsamen scheinbaren Bewegung nur sehr allmählich den Sonnenstrahlen nähern und aus denselben entfernern. Die beiden unteren Planeten Merkur und Venus werden dagegen nur sichtbar zur Zeit ihrer größten Elongationen, d. h. wenn sie von der Erde aus gesehen am weitesten östlich oder westlich von der Sonne absteigen. Befinden sie sich in unterer Konjunktur, also zwischen Sonne und Erde, so sind sie allerdings der Erde am nächsten; aber sie wenden uns die dunkle, unbekleidete Seite zu. Beide können dann vor der Sonnenscheibe vorbeiziehen und auf ihr als dunkle kreisrunde Scheibchen sichtbar werden. Diese Vorübergänge vor der Sonnenscheibe sind besonders bei der Venus von außerordentlicher Wichtigkeit, da sie der Astronomie das schärfste Mittel bieten, um die Entfernung der Erde von der Sonne zu bestimmen und damit eine zuverlässige Maßeinheit für die Entfernungen in unserem Planetensystem und für die Ausmessung der Planeten- und Kometenbahnräume zu gewinnen. Leider finden sie nur selten statt, und zwar bei der Venus 16 mal in jedem Jahrtausend, bei der Merkur etwa 8 mal häufiger.

„Und sie bewegt sich doch!“ Dieses geflügelte Wort wird bekanntlich dem Galileo Galilei zugeschrieben. Er soll es gesprochen haben, als er 1633 die Kopernikanische Lehre öffentlich und feierlich ablehnen sollte. In Wirklichkeit hat der Greis das Wort aber niemals gesprochen, sondern die Nachwelt hat es ihm in den Mund gelegt, um seine Gefühle und damit den Sieg der wissenschaftlichen Forschung auszudrücken. Schon 1611 hat Galilei entdeckt, daß Venus, Mars und Erde sich um die Sonne drehen, und daß darauf folgte die Lehre von der Abkehrsbewegung der Sonne. Interessant ist nun, daß der französische Gelehrte Duhen in der Nationalbibliothek in Paris in einem vom Bischof Presme herrührenden Manuskript aus dem Jahre 1377 einen Satz auffand, welcher eine Drehung der Erde um die Sonne behauptet.

Gerichtliches.

Von den Sondergerichten. Das Sondergericht in Halle verhandelte gegen die Hauptführer der Mansfelder Bankräuber, die dort während des mitteldeutschen Aufstands Spar- und Postkassen plünderten und insbesondere 300 000 Mark erbeuteten. Der Tischler Grüneberg und der Bergmann Müller aus Mansfeld wurden zu neun bzw. zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlu. und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Müller ist derlei, der als Vorsitzender des Vollzugsrates im Ruhrgebiete im Vorjahre von der Duisburger Reichsbank eine Million Mark für die rote Armee erpreßt hatte.

Von dem Breslauer Außenordentlichen Gericht wurden wegen Aufforderung zum Hochverrat in Tateinheit mit Aufforderung zum Klassenkampf unter Annahme mildernden Umstände die Redakteure der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ Neubert zu einem Jahr drei Monaten, Beder zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

# Der Herr des Todes.

Roman von Karl Rosner.

Nachdruck verboten.

Kein Laut war fest in dem von so viel Tausenden erfüllten Raume. Nur Spannung, nur Erwartung über allem. Und dann ein leises, dünnes Klingelzeichen, das seltsam klar in diese Stille schnitt, und aus der Höhe, in der das Orchester war, tönte Bizets Terrormarsch aus „Carmen“ nieder.

Zwischen den Reihen der Stallmeister durchschreitend aber trat Perez Herrera in die Manege.

Ernst und rubia trat er ein, stand still und hob arkand den breitrandigen Sombrero, der sein dunkles Haar bedeckte, und reichte ihm sowie die weißseidene Mantilla, die er um die Schultern geschlagen hatte, dem Manne neben dem Eingange hin.

Ganz weiß gekleidet stand er nun da. Die kurzen Beinkleider waren von einem breiten Seidengürtel gehalten, ein weiches, los fallendes Seidenhemd umschloß den Oberkörper. Das scharf geschnittene, nur wenig geschminkte Gesicht, dessen brünetter Ton den Südländer zu verraten schien, hob sich lebendig von diesem kühlen Weiß.

Perez Herrera ging auf die Holzbahn zu und prüfte selbst noch einmal mit ein paar raschen, sicheren Griffen. Er schien zufrieden. Eins der Drahtseile mochte schmutzig gewesen sein, denn er pustete sich

seine Hand sorgfältig an einem kleinen Seidenstücke, das er aus dem Gürtel zog. Keine Spur von Erregung war in ihm. Jede Bewegung war einfach und zweckmäßig.

Dann nickte er seinem Diener zu, der mittlerweile eine von oben niederhängende Peine ergriffen hatte. Ein kurzer Zug, und jene Hülle, die das Gerüst da oben in der Ruppel umschlossen hatte, floß empor; man sah in jener Höhe eine Art Altan, vor dem gleichfalls eine Bahn hinaufragte. Ein freier Raum von wohl zwölf Metern Weite klaffte, quer über die Manege niederziehend, als eine unüberbrückbare, tobdringende Klüft zwischen den beiden Bahnen.

Mit einer zeichnenden Geste wies Perez Herrera in die Höhe — und dann auf das röhrende Horn über dem Wagen — und lächelte ein wenig.

Aus der Höhe senkte sich ein Seil herab, das an seinem unteren Ende in einer kurzen Schlinge endete. Perez Herrera nahm es auf. Er trat in die Schlinge, griff mit seiner Rechten nach oben, seine Lippen riefen ein kurzes „Bronto!“ und das Seil wurde mit ihm gleichsam von unsichtbaren Händen emporgezogen. Als ob er mitten in dem weiten Bau in diese ungemessene Höhe aufwärts schwebte, so sah das aus. Alle Augen folgten ihm. Ganz still war es in der weiten Runde. Die Stimmen schienen erstarben. Kaum ein nervöses Rufen, Schreien durchbrach die Stille. Spannuna. Und ein dumpfes wie

aus tausend schweren Atemzügen gedrehtes Rufen, das klara, als läge da ein sprunghaftes Riesentier und wartete — und wartete —

Recht war er oben und schwang sich auf den Altan.

Klein und fern erschien er in dieser Höhe inmitten des scharfen Lichtes, das sich aus dem Scheinwerfer über ihn zog, ihn grell mit einem bläulichen Glimmer überlutete, und dann in violette, rötliche und grüne Töne überlief.

Alle Augen waren auf ihn gerichtet, hingen an ihm. Nur er war da, und alles andere schien verschwunden.

Perez Herrera, der Herr des Todes, starr und bebend waren die Menschen, kaum zu atmen vermochten sie im Saue dieses Unerhörten.

Rubia sah Perez Herrera in die Tiefe nieder; wie ein Prüfen war das wieder. Wie ein Sichfammeln, ein Anspannen aller Kräfte und ein Zusammennehmen aller Sinne und alles Willens zu einem einzigen Gedanken.

Er winkte, und jetzt schwebte sah die Musik.

Mitten im Takte brach sie ab, verstummt sie, als hätte einer sie mit einem Schwerte durchgeschnitten.

Und da lag es wie eine Lähmung über dem Haus. Da war es, als ob das lebendige Pulsen der Herzen stocken müßte.

Perez Herrera aber sprang mit einem hellen Ruf in die Bahn.

Wie ein Pfeil sauste sein weißer Oberper dahin und sauste durch den freien Raum — quer über die Manege nieder floß er mit rasender Geschwindigkeit. Nur daß die Augen des alsichsam aus Stein gemeißelten Gesichtes stahlhart nach dem Ziele stritten und daß die Hände vorwärts griffen, konnte man erkennen. Und dann lag er schon auf der zweiten Bahn, wurde über die Sichel hingeschleudert, und wieder in den Raum hinaus, und stand, ehe man noch zu atmen wagte, aufspringend auf dem kleinen gestroteten Teppich.

Sekunden nur hatte all das gedauert. In einer Loge hatte eine Frauenstimme hell aufgeschrien. Das Echo dieses Schreies gelte noch nach.

Perez Herrera hob den Kopf und sah nach seiner Richtung hin, aus der der Schrei gekommen war — und lächelte. Rühl, überlegen, rubia war sein scharf geschnittenes Gesicht. Nur an dem fliegenden Gange seines Atmens und an dem leisen Klirren der geklärten Halskette sah man, was sich für ihn in diese hingegangenen Sekunden drängte.

Und nun mit einem Male löste sich der Bann, zerbrach das Grauen.

Ruhe, Klatschen, der Tusch des Orchesters, leuchtende, schreiende Menschenstimmen und Gestampfe tosten ineinander, waren ein einziger Taumel von Lärm, in dem sich die zum Uebermaß gespannten Nerven befreiten.

(Fortsetzung folgt.)

## Bekanntmachung.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Kaiser-Wilhelm-Heim in Nastätten am Dienstag, den 21. Juni 1921, nachmittags 2 Uhr statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird. Die diesjährigen Kinder können um 1/2 Uhr gebracht werden.

Säuglingsfürsorge Kreis St. Goarshausen.

## Bekanntmachung.

Auf die am Dienstag, den 21. Juni ds. Js. stattfindende öffentliche Impfung wird nochmals hingewiesen. Impfstoff: für Erstimpfung nachmittags 2 Uhr im Kaiser-Wilhelm-Heim, für Wiederimpfung vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule an der Oberstraße.

Nastätten, den 16. Juni 1921.

Die Polizeiverwaltung: Wasserloos.

## Bekanntmachung.

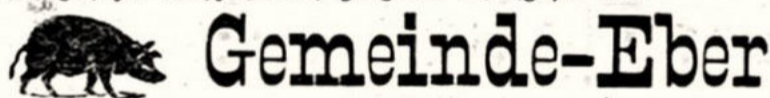
Ein Gummireifen für Kinderwagen ist als Fundsache abgegeben worden.

Nastätten, den 18. Juni 1921.

Die Polizeiverwaltung.

## Eber-Versteigerung.

Donnerstag, den 23. Juni 1921, mittags 1 Uhr, wird auf der Bürgermeisterei zu Westrod ein zum Dienst überflüssiger, zur Nachzucht noch geeigneter 1 1/2 Jahre alter



## Gemeinde-Eber

versteigert.

Westrod, den 16. Juni 1921.

Der Bürgermeister: Schmidt.

## Jagd-Verpachtung.

Die Feld- und Waldjagdbezirke der Gemeinden Mariensfels und Gunzel sollen am 23. Juli 1921, mittags 1 Uhr, auf dem Rathaus in Gunzel, Kreis St. Goarshausen öffentlich meistbietend vom 1. August ds. Js. ab, auf 9 Jahre verpachtet werden.

Mariensfels mit 87 Hekt. Wald und 275 Hekt. Feld.

Gunzel mit 138 Hekt. Wald und 238 Hekt. Feld.

Durch den Jagdbezirk führt die Bäderstraße Ems-Wiesbaden und die Kleinbahn Nastätten-Braubach.

Herrliche Fauna- und Flora, gute und bequeme Unterkünfte.

Mariensfels und Gunzel, den 13. Juni 1921.

Die Bürgermeister:

Schmidt und Böller, Jagdvorsteher.

Unserem Kollegen, Zugführer Franz Strobel wie seiner werthen Gemahlin unsere

herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Die Beamten der Nass. Kleinbahn.

## Statt Karten!

Für die anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Kurt erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir hiedurch herzlichsten Dank.

Herm. Grünwald 2. u. Frau Lina geb. Steen.

Nastätten, am 20. Juni 1921.

## Seltene Gelegenheit!

Habe wieder einen Vollen Naturhaaröpfe in allen Größen von 30 Mark an, gute Qualität. Gegen Haarausfall und Schuppen empfehle meine prima Kopfwasser und Haarböle. Haarspangen, Pfeile und Kämmen aller Art zu billigen Preisen vorhanden. Feinste schöne große Stücke von 2 Mark an. Große Auswahl in sämtl. Parfümerien, Zahnbürsten, Zahnpasta, Zahnpulver, Haarwolle, Kröpfe, Unterlagen. Anfertigung von Zöpfen und sämtl. Haarteilen, auch von ausgetämmten Haaren, sauber und sachgemäß ausgeführt und billig! Reparaturen an Spongen, Pfeilen und sämtl. Celluloidwaren werden gut, schnell und billig ausgeführt.

Achten Sie auf meine Schaufenster!

Kopfwaschen, Maniküre, Fußpflege, Ondulation.

Damen- und Herrenfriseurgeschäft Albert Spriestersbach Nastätten (an der evangelischen Kirche).

## Dampfärberei und chemische Reinigungsanstalt

Karl Döring, WESBADEN

Drudenstrasse 5 Spezial-Geschäft I. Ranges Tel. 6149 u. 5270

übernimmt alle einschlägigen Arbeiten

bei sauberster Ausführung.

Schnellste Lieferzeit! Zu soliden Preisen!

Annahmestelle für Nastätten und Umgebung:

Albert Spriestersbach, Frieseurgeschäft, Nastätten,

Römerstrasse 55 (an der evgl. Kirche).

## Falzziegel

rot und silbergrau sowie alle anderen Baustoffe als: Zement, Kalk, Schwemm-Steine, Ringofen-Ziegel-Steine, Hobel-Holz, Bretter und Latten stets vorrätig bei

Wilhelm Gill, Nastätten.

## Gras-Versteigerung.

Am Dienstag, den 21. Juni, nachmittags 6 Uhr, läßt der Unterzeichnete das

## Heu- und Grummetgras

einer 35 Acker großen Wiese hinter der Fabrik gelegen öffentlich meistbietend versteigern.

Nastätten, 20. Juni 1921.

W. Buchmann.

## Heugras-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, läßt Unterzeichneter

## 17 Morgen Heugras

parzellenweise öffentlich an Ort und Stelle gegen Barzahlung versteigern.

Nastätten, 17. Juni 1921.

Hermann Hennig.

## Gruben-Sand

besser als Rheinland zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge

## Gruben-Ries

grob und fein für Wegebau franco Lieferung zu haben bei

Geinrich Meyer, Bierhieb.

## Arbeiter und Arbeiterinnen

im Alter von 14 bis 16 Jahren als Bechtelinge in unsere Fabrik eingestellt werden.

Kampf & Spindler Seidenstoff-Fabrik Nastätten.

Mehrere tüchtige, nicht zu junge

## Arbeiter

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Erstes Nassaulisches Kalksandsteinwerk Miehlen.

## Feinstes Salatöl

Essig-Essenz

Preis zu haben.

Apotheke in Nastätten.

## 1 Mahagoni-Kleiderschrank

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Hauses.

## Auf nach Obermeilingen!

Sonntag, den 26. Juni 1921

## große Tanzmusik

im Freien

wozu freundlichst einladet Gastwirt Bender.

## Vereins-Pferdeschau

des Pferde- und Jäger-Vereins des Kreises St. Goarshausen.

Am Sonntag, den 10. Juli 1921, vormittags 9 Uhr, findet in Bogel die diesjährige Vereinspferdeschau statt.

Zugelassen sind Kaltblutpferde, welche im Nassaulischen Pferde-Stammbuch eingetragen sind od. von eingetragenen Eltern abstammen. Eintragungen in das Stutbuch können noch zu Beginn der Schau erfolgen. Die Aussteller müssen Mitglieder des Pferde- und Jäger-Vereins sein oder werden.

Die Preise sind vorgesehene:

Abteilung A: 4-12jährige Mutterstuten mit Fohlen und wieder gedeckt. Das Fohlen muß mit vorgeführt werden. 6 Preise zu 250 Mark, 200 Mark, 150 Mark, 100 Mark, 75 und 50 Mark.

Abteilung B: 3-12jährige gedeckte Stuten. 6 Preise zu 200 Mark, 150 Mark, 100 Mark, 75 Mark, 50 und 40 Mark.

Abteilung C: 1-2 1/2 jährige Hengst- und Stutfohlen. 1. für Hengstfohlen 2 Preise zu 150 Mark, 125 Mark, 100 Mark, 80 Mark, 60 Mark, 50 und 40 Mark.

Abteilung D: Familien (Stuten mit 2 u. mehr Nachkommen). 4 Preise zu 300 Mark, 225 Mark, 150 u. 100 Mark.

1 Grenzpreis von 100 Mark dem Schmied für den besten Hufbeschlag.

Mit der Vereins-Pferdeschau findet gleichzeitig die Zuerkennung der Züchterhaltungsprämien für Hengstfohlen (3000 Mark) und Stutfohlen (2000 Mark) durch die Landwirtschaftskammer statt.

Der Aufsrieb beginnt um 8 und muß um 9 Uhr beendet sein. Die Preisverteilung findet gegen 12 Uhr statt. Die Tiere werden vor dem Betreten des Ausstellungsplatzes amtlich untersucht.

Den Anordnungen der Schaulitung und der Preisrichter ist unbedingt Folge zu leisten.

Alle Preisempfänger übernehmen durch Annahme der Preise, die für die Haupttitelprämien in Nr. 24 des „Nassauer Land“ vom 11. Juni 1921 vorgeschriebenen Verpflichtungen.

Anmelde-Vordrucke sind sofort von Herrn Direktor Hlad-Nastätten anzufordern und vollständig ausgefüllt bis zum 4. Juli ds. Js. an denselben portofrei zurückzugeben. Als Bestätigung der Anmeldung erhält der Züchter eine Zulassungskarte mit der seinem Tiere zugewiesenen Nummer. Diese Karte ist zur Schau mitzubringen und an der linken Kopfseite des Tieres zu befestigen.

Anmerkung: Nach der Preisverteilung findet ein gemeinsames Mittagessen im Gasthaus Weißbarth statt.

Anmeldungen hierzu müssen baldigst, spätestens vor Beginn der Schau beim Wirt erfolgen.

St. Goarshausen, den 18. Juni 1921.

Der Vorstand: Stähly

stellv. Vorsitzender.

## Konserben-Gläser

(eng und weit) mit Ia. roten Ringen sowie Geleegläser empfiehlt zu billigsten Preisen

R. Hübel, Nastätten (an d. ev. Kirche).

## Groß- und Kleinviehhalter!

Empfehle mein reichhaltiges Lager der berühmten Danz- und Standa-t-Milchseparatoren in jeder Größe und Preisklasse am Lager. Sofort lieferbar. Ebenso Ersatzteile und Reparaturenanstalt für alle Zentrifugen. Besichtigung und Vorführung ohne Kaufzwang.

Maschinengeschäft J. Deckert

Nastätten, Oberstraße 6.